

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Dezember 2022

hauptstadt magazin

**Berliner Stadtmission
betreut Hilfsbedürftige**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Liebe Leserinnen, lieber Leser,

einen zeitnahen Ausgleich der mittlerweile zweistelligen Inflationsrate in Deutschland will der Berliner Senat seinen Beschäftigten leider nicht unter den Christbaum legen. Das ist das enttäuschende Ergebnis eines Grundsatzgesprächs des dbb berlin mit Finanzsenator Daniel Wesener.

Ganz anders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beihilfestelle: Die haben sich gewaltig ins Zeug gelegt, damit die Beihilfeberechtigten in diesen wirtschaftlich schweren Zeiten wenigstens nicht mehr in Vorkasse treten müssen, um ihre Arztrechnungen zu bezahlen: Mitte November wurde mit einer Bearbeitungszeit von zehn Arbeitstagen diese Ziellinie erreicht.

2023 wird wieder ein Wahljahr in Berlin. Wegen der Pannen im September vergangenen Jahres hat der Berliner Verfassungsgerichtshof auf Wahlwiederholung entschieden – und das ist gut so, da zahlreiche Berlinerinnen und Berliner ihr wichtigstes demokratisches Recht im September vergangenen Jahres gar nicht ausüben konnten. Deshalb unterstützen Sie die Wahlwiederholung am 12. Februar 2023 und melden Sie sich schon jetzt als HelferIn beziehungsweise Helfer an.

Helfen und Geben zählen überhaupt zu den wichtigen Botschaften des Weihnachtsmonats Dezember. Für unsere Titelgeschichte haben wir deshalb die Berliner Stadtmission gewählt, die sich mit circa 1.000 hauptamtlichen Beschäftigten und mehr als 2.700 Ehrenamtlern in nicht weniger als 80 Einrichtungen um all diejenigen kümmert, die am Rande der Gesellschaft stehen.

Nicht weniger bemerkenswert ist das Engagement von Seyran Ateş, die einen wichtigen und außerordentlich mutigen Beitrag zur Integration leistet. In ihrer Moschee hat sie nämlich die Religion von allen archaischen Vorstellungen und Bräuchen entrümpelt.

Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr

wünscht Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Beamtenpolitik	
Grundsatzgespräch mit Finanzsenator Wesener	4
Beihilfebearbeitung:	
jetzt in zehn Arbeitstagen	5
In die Sackgasse gerannt	6
Wahlen	
Freiwillige Helfer gesucht	7
BSBD Berlin	
Die Unsichtbaren	8
Titelthema	
Berliner Stadtmission	9
Zur Person	
Seyran Ateş und die Ibn Ruschd-Goethe Moschee	12
Polizei	
WSP Berlin sorgt für sicheren Schiffsverkehr	14
Unterhaltung	
Preisrätsel	15
Zum Schluss	
Berliner Schwimmbäder bleiben geöffnet	16
VAK: 1.500 Veranstaltungen zur Digitalen Akte	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 19,

gültig ab 1.1.2022. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: tab62/stock.adobe.com (bearbeitet)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Besoldung

Flexibilität? – Fehlanzeige!

In der Besoldungspolitik scheut das Land Berlin nach wie vor situationsgerechte Entscheidungen. Der Senat verschanzt sich stattdessen bei Besoldungsanpassung und amtsangemessener Alimentation hinter eingefahrenen Ritualen und strengen Formalien. Überdeutlich wurde das einmal mehr bei dem Grundsatzgespräch der dbb Landesleitung mit Finanzsenator Daniel Wesener am 11. November 2022.

Bei der aktuellen Inflationsrate von über 10 Prozent ist völlig klar, dass eine 2,8 prozentige Besoldungsanpassung zum 1. Dezember 2022, der längst überholte Wirtschaftsdaten zugrunde liegen, nicht ausreicht. Mit Fakten ist das nicht zu widerlegen. Dasselbe gilt für die lapidare Tatsache, dass die massiven Preissteigerungen Beamte und Versorgungsempfänger um keinen Deut weniger schmerzen als alle anderen Beschäftigten.

Bei diesen Fakten verschanzt sich das Land Berlin hinter Formalien

Zum 1. Dezember 2022 werde das Tarifergebnis von November 2021 umgesetzt. Hinsichtlich weiterer Entwicklungen müssten neue Tarifverhandlungen abgewartet werden, befand Finanzsenator Daniel Wesener und wischte damit kurzerhand die Forderung des dbb berlin nach einem zehn-prozentigen Ausgleich vom Tisch – wohlwissend, dass diese Tarifverhandlungen erst im Herbst nächsten Jahres stattfinden werden und bis dahin wenig Hoffnung auf eine stark rückläufige Inflationsrate besteht.

Keine Beachtung fand der berechtigte Einwand von dbb Landeschef Becker, dass Besoldungsanpassungen keineswegs zeitlich den Tarifierhöhungen nachfolgen müssen, eine Umkehrung ist durchaus möglich. Auch Beckers Hinweis auf die gesetzliche Verpflichtung zu einer angemessenen Bezahlung, die auch die Inflation zu berücksichtigen hat, fand keine Beachtung.

Überhaupt stützt der Senat seit Jahren seine Position in Sachen verfassungsmäßiger Alimentation stur auf bloße Formalien. Auch hier will Wesener den Betonkurs fortsetzen und eine Entscheidung des Verfassungsgerichts zur A-Besoldung abwarten, obwohl der Sachverhalt längst durch ein Urteil zur Richterbesoldung geklärt ist.

War der Gesprächsverlauf in Sachen Besoldung alles andere als verheißungsvoll, so hat es zumindest

Entspannung bei der Beihilfearbeitung gegeben. Nach Angaben des Finanzsenators liegt die Dauer inzwischen bei durchschnittlich 16 Tagen.

Verzögerungen bei Pensionszahlungen

Von einem solchen Zeitraum können frisch pensionierte Beamte bei der Berechnung ihrer Pensionsbezüge allerdings nur träumen. Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny kritisierte bei dem Grundsatzgespräch, dass sich die Betroffenen oft mehrere Monate lang mit 50- bis 60-prozentigen Abschlagszahlungen zufriedengeben müssten. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage für Versorgungsempfänger der unteren Besoldungsgruppen ein unhaltbarer Zustand! Ursache, so Goiny, sei meist die zu späte Übergabe der Personalakten – oft erst zum Ruhestandseintritt – an die Pensionsstelle im Landesverwaltungsamt. Ein mehrwöchiger Vorlauf werde aber zum Einpflegen der Daten benötigt. Goiny regte an, nicht nur die Personalstellen über diese Fakten zu informieren, sondern auch die versorgungsnahen Jahrgänge – möglichst ein Jahr vor Eintritt in den Ruhestand.



Um die dringend notwendige Personalgewinnung voranzutreiben, plädierte Goiny für spezielle Anreize. Dazu zähle die Einführung von Anwärtersonderschlägen in allen Laufbahnen ebenso wie ein Wohnraumangebot für Auszubildende und Anwärter. Ungereimtheiten kritisierte Goiny schließlich bei der Zahlung des sogenannten Weihnachtsgeldes. So gingen etwa langjährig Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes völlig leer aus, wenn sie beim Wechsel in ein Beamtenverhältnis die gesetzlichen Stichtage verfehlten.

Ungelöster Konflikt

Die stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Tarifexpertin

Synnöve Nüchter erinnerte den Senator schließlich an den schwelenden Konflikt des Landes mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wegen der Hauptstadtzulage. Bis Oktober 2025 müsse hier eine kreative Lösung gefunden werden, wenn Berlin nicht wieder eigenständig Tarifverhandlungen führen wolle – woran jedoch niemand Interesse haben dürfte.

Unzufrieden äußerte sich dbb Landeschef über das Ergebnis des Grundsatzgesprächs und die starrköpfige Haltung des Senats in Sachen verfassungsgemäße Besoldung „Die Kommentare der Kolleginnen und Kollegen dazu möchte ich lieber nicht wiederholen. Aber auch ich habe absolut kein Verständnis dafür, dass der Senat keine Entscheidung im Sinne seiner Beamtinnen und Beamten trifft. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Richterbesoldung liefert genug Argumente, um die A-Besoldung verfassungsgemäß zu reparieren!“ Als absolutes „No-Go“ bezeichnete Becker schließlich den Versuch, die Auswirkungen der mittlerweile zweistelligen Inflationsrate auf die Einkommen der Landesbeschäftigten bis zu den Tarifverhandlungen der Länder im Herbst nächsten Jahres schlicht ignorieren zu wollen. ■

Auf 10 Arbeitstage gesenkt ...

10

... werden konnte die Bearbeitungszeit für Beihilfen Mitte November. Wie der zuständige Abteilungsleiter beim Landesverwaltungsamt dem dbb berlin mitgeteilt hat, sei es mit freiwilliger Mehrarbeit und herausragenden Wochenergebnissen gelungen, diesen erfreulichen Zwischenstand am Ende der 46. Kalenderwoche zu erreichen.

Seit Mitte Oktober sind damit dank der hoch engagierten Leistungen der Mitarbeitenden der Beihilfestelle die Bearbeitungszeiten um rund 20 Arbeitstage massiv gesunken. Besonders erfreulich: Mit den deutlich früheren Erstattungen können Rechnungen wieder innerhalb der Zahlungsfristen beglichen werden, das heißt die Beihilfeberechtigten müssen nicht länger in Vorkasse treten. Die Beihilfe-

stelle freut sich, mit ihrem Sonder Einsatz in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Zeit eine finanzielle Entlastung für ihre „Kund*innen“ erreicht zu haben.

Bemerkbar gemacht hat sich diese positive Entwicklung mittlerweile auch beim dbb berlin, bei dem zur Zeit keine Beschwerden gegen verspätete Beihilfezahlungen mehr eingehen. Im Gegenteil es gab sogar positive Rückmeldungen.

Vergessen werden darf aber bei aller Anerkennung für die verkürzten Bearbeitungszeiten nicht, dass gegenwärtig Mehr- und Samstagsarbeit die Grundlage des Erfolgs sind. Der dbb berlin erwartet, dass stattdessen in absehbarer Zeit der Ausbau technischer Möglichkeiten für annehmbare Bearbeitungszeiten sorgt und wieder „normale“ Arbeitszeiten bei der Beihilfestelle Platz greifen. ■

In die Sackgasse gerannt

Die rot-grüne Regierungskoalition in Berlin sei mit ihrer Besoldungspolitik sehenden Auges in eine Sackgasse gerannt – und das mit fatalen Folgen –, kritisiert der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Christian Goiny. Auch der jetzt endlich vorliegende Entwurf zur Besoldungsanpassung, der nur um einige weniger bedeutende Details angereichert wurde, weist keinen Ausweg aus dem Dilemma, unterstreicht Goiny im Gespräch mit dem hauptstadt magazin.

Einmal mehr wird abgesehen von der Übertragung des Tarifabschlusses lediglich an Zulagen geschraubt und an Formulierungen herumgedoktort. Eine längst überfällige, logisch nachvollziehbare und klare besoldungspolitische Linie ist nicht erkennbar.

„Wie die aussehen sollte, hatte die Berliner CDU schon zu Beginn der letzten Legislaturperiode in einem Antrag aufgezeigt. Nur mit einer Anhebung der Bezüge auf Bundesniveau kann Nachwuchs rekrutiert, Abwanderung vermieden und den Beamtinnen und Beamten eine vernünftige Perspektive geboten werden“, stellt Goiny klar. Und er wäre kein Haushaltsexperte, wenn er nicht zugleich die stufenweise Anhebung betonen würde, für die in dem Antrag auch die Gegenfinanzierung vorgelegt worden war.

Seltene Wege

Leider habe es die Koalition seitdem vorgezogen, auf den seltsam verschlungenen Wegen ihrer Besoldungspolitik weiterzumarschieren, und dabei Vertrauen bei den Bediensteten verspielt. Bei den betroffenen Beamtinnen und Beamten hatten insbesondere Hinhaltemanöver und Abstriche bei Bezügeanpassungen für Frust und Vertrauensverlust gesorgt. Aber auch die Menschen in der Stadt bekommen die Auswirkungen längst deutlich zu spüren. „Wenn das Tiefbauamt auch nach drei Ausschreibungen 22 Ingenieursstellen nicht besetzen kann, muss sich niemand wundern, dass Brücken- und Straßenbau stagnieren“, nennt Goiny ein praktisches Beispiel. Aber auch Informatiker, Ärzte, Finanzbeamte und andere Fachkräfte zeigen Berlin und seinem öffentlichen Dienst die kalte Schulter, ist der Verdienst im nahen Brandenburg, beim Bund oder in der privaten Wirtschaft doch um einiges höher.

Gebremst werden sollte diese fatale Entwicklung nach dem Willen der Berliner Regierung durch die Hauptstadtzulage. „Ein untaugliches Instrument“,



Christian Goiny

urteilt Goiny, „das die Abwanderung von Fachleuten nicht verhindern konnte.

Tatsächlich verzeichnet Brandenburg inzwischen deutliche Wanderungsgewinne, auch bei dem allseits begehrten Fachpersonal, während die Bevölkerungszahl in Berlin ohne den Flüchtlingsstrom aus der Ukraine und dem Nahen Osten zurückgegangen wäre.“

Das Konstrukt Hauptstadtzulage hat zudem beinahe den erneuten Rauswurf Berlins aus der Tarifgemeinschaft der Länder bewirkt. Diese zeigte nämlich keinerlei Verständnis für den Alleingang der Berliner, die die Hauptstadtzulage ohne TdL-Zustimmung auch den Tarifkräften gewähren. Bis Oktober 2024 will die Gemeinschaft das tolerieren, dann droht der Rauswurf. Wie der Senat das Problem lösen will, bleibt unklar.

Klarer Fahrplan notwendig

„An einer transparenten und verlässlichen Lösung, so wie die CDU sie vorgeschlagen hat, führt kein Weg vorbei“, so Goiny, und räumt gleichzeitig ein, dass die Angleichung an das Bezahlungsniveau des Bundes finanziell nicht auf einen Schlag gestemmt werden kann. Ein klarer Fahrplan sei aber eminent wichtig, wenn der Zug einmal ins Rollen kommen würde.

Der Zustimmung der Gewerkschaften für eine solche gradlinige Politik ist sich der CDU-Haushaltsexperte nach zahlreichen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern unterschiedlicher Couleur sicher und auch beim Verfassungsgericht dürfte keine neue Ungemach drohen, wenn der Pfad zur Umsetzung klar beschrieben wird. Insofern müssten spätestens im nächsten Doppelhaushalt die Weichen für eine sachgerechte und verfassungskonforme Besoldungspolitik gestellt werden, zieht Christian Goiny sein Fazit.

Den Landesbeamtinnen und -beamten könnte das nur recht sein, meint das hauptstadt magazin. ■

Standort in Moabit gesichert

Bis Anfang 2029 hat der dbb berlin den Standort seiner Landesgeschäftsstelle in Alt-Moabit 96 a abgesichert. Der Mietvertrag, der Anfang 2024 ausgelaufen wäre, konnte im November um fünf weitere Jahre verlängert werden.

Allen Mitgliedsgewerkschaften steht jetzt damit auch auf lange Sicht der Sitzungsraum für Tagungen, Veranstaltungen und Schulungen offen.

Auch die Mitgliedsgewerkschaften, die Räumlichkeiten als Untermieter des dbb berlin nutzen, können ihre Arbeit in Moabit zumindest bis 2029 fortführen.

Ihren Mietvertrag ebenfalls bis Anfang 2029 verlängert hat auch die DPoIG Berlin, die ihren Sitz im selben Haus hat.

Die Landesleitung des dbb berlin begrüßt das längerfristige Festhalten am Standort Alt-Moabit, der sich

nicht nur wegen seiner Räumlichkeiten und deren funktionaler Ausstattung, sondern auch wegen seiner sehr guten Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel für eine moderne Gewerkschaftsarbeit sehr bewährt hat.

Energiesparmaßnahmen durchgeführt

Unmittelbar nach Verlängerung des Mietverhältnisses hat der dbb berlin Energiesparmaßnahmen in allen Räumen der Landesgeschäftsstelle vorgenommen: Alte Neonleuchten wurden durch energiesparende LED-Leuchten ersetzt und elektronisch steuerbare Thermostate an sämtlichen Heizungen eingebaut. dbb Landeschef Frank Becker: „Die Landesleitung will an ihrem Sitz einen Beitrag zu den zwingend notwendigen Energieeinsparung leisten.“

Wahlhilfe

dbb berlin pocht auf freiwilligen Einsatz

Jetzt ist es amtlich: Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksversammlungen werden am 12. Februar 2023 wiederholt. 42.000 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer werden dafür nach Angaben von Landeswahlleiter Stephan Bröchler benötigt – 8.000 mehr als noch im vergangenen September. Die Zeit drängt und der dbb berlin ruft alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst auf, sich schon jetzt freiwillig als Helferinnen und Helfer für die Wahlwiederholung zu melden.

Die Betonung liegt dabei auf „freiwillig“. „Eine Verpflichtung oder gar Auslosung von Kolleginnen und Kollegen, die dann von ihren Dienststellen nachdrücklich ‚gebeten‘ werden, entsprechende Meldesettel für die Bereitschaft als Wahlhelfer/in auszufüllen, ist für den dbb berlin keine Option“, mahnt dbb Landeschef Frank Becker. In der Vergangenheit habe es durchaus derartige Versuche gegeben, die aber erfolgreich abgewehrt werden konnten.

Nach dem Wahldebakel im vergangenen September hat auch der Berliner Senat erkannt, wie wichtig die Arbeit einer ausreichenden Zahl von Wahlhelfern ist und hat das ihnen für ihren Einsatz gewährte sogenannte Erfrischungsgeld auf 240 Euro erhöht. Zuvor waren es gerade einmal 60 Euro gewesen. Auch der Freizeitausgleich für Beschäftigte des öffentlichen

Dienstes in Berlin soll auf zwei Tage für Wahlhelfer und drei Tage für Wahlvorstände angehoben werden. Die Betroffenen können zwischen Geldleistung und Freizeitausgleich wählen.

Die Entscheidung, dass die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenparlamenten wiederholt werden müssen, hat der Verfassungsgerichtshof Berlin am 16. November 2022 getroffen. Dabei sei sich das Gericht nach Angaben der Gerichtspräsidentin über die Tragweite durchaus im Klaren gewesen. Die Wahlfehler seien jedoch zu zahlreich und zu gravierend gewesen. Nur wenn die Wahl komplett wiederholt werde, könne eine Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen gewährleistet werden, die den rechtlichen Anforderungen an demokratische Wahlen genügt.

An der Wahlhilfe Interessierte können sich ab sofort auf der Homepage des Landeswahlleiters anmelden: <https://www.berlin.de/wahlen/organisation/wahlhelfende/>

Zugleich wurde eine Telefonhotline freigeschaltet (030.90223-1870). Ansprechpartner sind auch die Bezirke, die zum Teil schon seit einigen Wochen um Wahlhelfer werben.

Die Unsichtbaren

Nachwuchsgewinnung ist das Gebot der Stunde, wenn es um die Zukunft des öffentlichen Dienstes geht. Warum der Justizvollzug dabei bislang ins Hintertreffen geraten ist und wie umgesteuert werden kann und muss, erläutert der Berliner BSBD-Vorsitzende Thomas Goiny.

„Aktuell kämpfen wohl alle Arbeitgeber mit Personal­mangel, doch kaum einer dürfte so nachlässig mit seiner Personalplanung umgegangen sein wie der öffentliche Dienst in den vergangenen zehn Jahren. Bedarfsberechnungen wurden „in den Skat gedrückt“, die personelle Unterbesetzung der letzten Jahre kurzerhand zum Standard erhoben und die Personalsituation immer wieder schöngerechnet. Gleichzeitig hat die Regierung die Leistungsfähigkeit der Behörden mit immer mehr Aufgaben überstrapaziert.

Jetzt – nachdem die Blase geplatzt ist und Bürgerinnen und Bürger die Engpässe deutlich zu spüren bekommen – fischen alle im selben Teich.

Alle fischen im selben Teich

Das Land Berlin wirbt mit seiner Marke „Hauptstadt machen“. Zusätzlich versuchen Behörden und Bezirke, mit eigenen Kampagnen auf sich aufmerksam zu machen. Die Finanzverwaltung geht mit „Die Unbestechlichen“ ins Rennen, die Zollverwaltung ist mit dem Slogan „Generation Zoll“ am Start, die Berliner Polizei setzt auf „110 Prozent Berlin“ und die Bundeswehr will mit „Wir schützen Deutschland“ überzeugen. Auch der Justizvollzug versucht sich mit dem Slogan „Voll Deins“ in Szene zu setzen – allerdings leider fast im Verborgenen.

Verwundern kann das nicht. Um auf die Besonderheit der Aufgaben und der Berufe im Justizvollzug

aufmerksam zu machen, muss hier mehr geschehen. Was dem Justizvollzug fehlt ist eine eigene Marke und dazu gehört eben nicht nur Werbung auf allen Kanälen, sondern auch eine Imagekampagne. Die Beschäftigten im Justizvollzug dürfen nicht die ‘Unsichtbaren’ bleiben, sondern müssen endlich ein Gesicht bekommen. Auch die Gesellschaft benötigt dringend eine Lehrstunde in Anerkennung für die Arbeit hinter den Mauern.

Weichen perspektivisch stellen

Flankierend hält es der BSBD Berlin für unabdingbar, perspektivische Weichen zu stellen. Eine bunte Werbelinie kann nicht viel ausrichten, wenn echte berufliche Perspektiven fehlen – im Laufbahnrecht wie auch bei der Bezahlung. Um den Abgang von über 20 Prozent der Beschäftigten bis 2030 abzufedern, sieht der BSBD Berlin in folgenden Punkten dringenden Handlungsbedarf:

- > Zusätzliche Einstellung von Tarifbeschäftigten nach Entgeltgruppe E 6 TVL mit dem Ziel der Verbeamtung;
- > Wegfall finanzieller Einbußen bei der Verbeamtung von Angestellten (keine Sonderzahlung und geringere Vollzugszulage im ersten Jahr);
- > echte Personalentwicklung, Lebensarbeitszeitverlängerung nur als Einzellösung;
- > Einstellungen bis zum 45. Lebensjahr;
- > erweiterter Ermessensspielraum bei der Anerkennung von vorberuflichen und Vordienstzeiten;
- > unverzügliche Verbeamtung von Tarifbeschäftigten im Werk- und Krankenpflege­dienst nach den Qualifizierungslehrgängen;
- > Perspektiven für Tarifbeschäftigte im Verwaltungsdienst;
- > zeitnahe Anerkennung und Förderung externer Studiengänge;
- > Einführung des gehobenen Justizvollzugsdienstes.“

Werbebanner der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung



© Thomas Goiny



Zwischen Knast und Kanzleramt ...

... liegt in der Lehrter Straße 68 das Zentrum am Hauptbahnhof der Berliner Stadtmission. Zwar gibt es das alte Moabiter Zellengefängnis längst nicht mehr und das Kanzleramt steht auch nicht direkt um die Ecke, die saloppe Lagebeschreibung kennzeichnet aber recht treffend die Situation der Klientel, die dort Hilfe findet.

Auch das „Zentrum“ der Stadtmission entpuppte sich, wie das hauptstadt magazin vor Ort feststellen konnte, nicht – wie erwartet – als Gebäudekomplex, sondern eher als kleiner Campus im Grünen. Kein Wunder, dass Dieter Puhl, der dort eine Stabsstelle leitet, die die Verbindungen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hält, beim Besuch des hauptstadt magazins zunächst einen Spaziergang durch das weitläufige Gelände vorgeschlagen hat.



Dieter Puhl

Beschäftigten und mehr als 2.700 Ehrenamtler in nicht weniger als 80 Einrichtungen der Berliner Stadtmission, nimmt sie sich aber vergleichsweise bescheiden aus. Viel auffälliger die Wohnblocks, in denen Wohnungslose aus dem Obdachlosenmilieu, Flüchtlinge, nicht mehr kurierbare Alkoholiker oder auch entlassene Strafgefangene ein Zuhause finden.

Wege zur Integration

„Unser Konzept ist dabei, die Hausbewohner zu durchmischen“, erklärt Dieter Puhl, das heißt, ein Teil der Wohnungen wird an einkommensschwache Familien vermietet, um auf diese Weise bei allen Bewohnern gesellschaftliche Konventionen und Spielregeln zu festigen. Nach demselben Prinzip – mit bezahlten Fachkräften einerseits und Hilfsdiensten der Bewohnender andererseits –

An den Wohnblocks, den Büro- und Lagerräumen auf dem 20.000 Quadratmeter großen Areal lässt sich nämlich die Vielfalt des Angebots der „Stadtmissionare“ bestens festmachen.

Natürlich ist in einer Zentrale zunächst die Verwaltung untergebracht. Bei circa 1.000 hauptamtlichen



werden die Grünanlagen gepflegt und die Kleiderkammer sowie die wirtschaftlichen Einrichtungen betrieben. Kurz: Integration überall dort, wo sie möglich ist.

Die Wohnungsnot ist immens in Berlin. 50.000 Personen sind ohne Wohnung und leben in staatlichen oder karitativen Unterkünften. Die Zahl der Obdachlosen, also der Menschen, die Tag und Nacht auf der Straße leben, wird in fachkundigen Kreisen auf mittlerweile 6.000 geschätzt.

Obdachlose finden ein umfangreiches Hilfsangebot bei der Berliner Stadtmission. Eine Ambulanz behandelt Personen ohne Krankenversicherungsschutz und in der Kleiderkammer herrscht zu Beginn der kalten Jahreszeit Hochbetrieb. Feste Schuhe, warme Mäntel, Jacken und Pullover, Schlafsäcke aber auch Unterwäsche sind gefragt.

Und wenn es noch kälter wird, rollen vier Kältebusse durch Berlin – den vierten hat zur großen Freude von Dieter Puhl gerade erst die Deutsche Bahn gesponsort. Außerdem stehen 160 Schlafplätze im größten Kälteotlager der Stadt zur Verfügung – weitere 240 werden außerdem im Berliner Stadtgebiet betrieben.

Coronahilfen

Auch Corona erkrankten Obdachlosen, für die häusliche Isolation ein Ding der Unmöglichkeit ist, wurde hier umgehend mit einer Quarantänestation geholfen.

Die Pandemie hat auch die Nachfrage nach Schuldnerberatung bei der Stadtmission enorm anschwellen lassen, wie Puhl feststellt. Das gilt für Privathaushalte, insbesondere aber für Kleingewerbetreibende, die in Lockdownzeiten ohne nennenswerte Einnahmen auf ihren Fixkosten sitzen geblieben sind. Mit abflauendem Hilfebedarf ist angesichts der aktuellen exorbitanten Preissteigerungen nicht zu rechnen.

Das alles kostet sehr viel Geld. Die Stadtmission ist zwar eine Einrichtung der evangelischen Kirche. Sie finanziert sich aber nicht aus Kirchenmitteln. Das Gros des Millionenhaushalts decken öffentliche Gelder, private Spenden und Nachlässe ab. Zusätzlich setzt die Berliner Stadtmission alles daran, eigene betriebliche Erträge zu erwirtschaften. So mit einem Jugendgästehaus auf dem Terrain an der Lehrter Straße. Zahlreiche weitere Einrichtungen von Seniorenwohnheimen über Kindergärten bis hin zu zwei Hotels sorgen in Berlin und Brandenburg für weitere Einnahmen.

Problembewusstsein geschärft

Dieter Puhl ist gelernter Sozialarbeiter und Diakon und arbeitet schon seit 30 Jahren mit großem Enga-



Drei nagelneue Kältebusse

© Annemarie Weilige



gement für die Stadtmission – und das mit bemerkenswertem Erfolg: Der Berliner Ex-Regierungschef Michael Müller etwa attestierte Puhl, die Obdachlosenproblematik im Berliner Senat zu einem wichtigen und breit diskutierten Tagesordnungspunkt aufgewertet zu haben. Gewürdigt wurde Puhl auch mit dem Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut.

Lange Zeit hat der passionierte Sozialarbeiter die Bahnhofsmision am Bahnhof Zoo geleitet. Fremd sind ihm weder berührende Resozialisierungserfolge noch enttäuschende Fehlschläge. Müde geworden ist der 65-Jährige deswegen nicht. Der Aufbau einer Bahnhofsmision in Spandau würde ihn durchaus noch reizen. Überhaupt will Dieter Puhl den Menschen helfen, die im Abseits stehen, sei es aus materiellen oder psychischen Gründen. Auch eine Kolumne in der Berliner Morgenpost, in der er jeden Freitag Tücken und Probleme des Alltags aufspießt, dient diesem Zweck und erntet viel Beifall.

Weihnachtsüberraschungen

Großes Lob zollt Puhl der Spendenbereitschaft der Berliner. „Wann immer wir im regionalen Fernsehprogramm Hilferufe aussenden, ist die Resonanz überwältigend.“ Auch in der Bahnhofsmision am Zoo war das nicht anders: Insbesondere zur Weih-

nachtszeit wurden dort Spenden im Minutentakt abgeliefert.

Gern erinnert er sich an einen Richter, der schon seit den 1980er-Jahren – stets in Begleitung seiner Tochter – kein Weihnachtsfest verstreichen lässt, ohne persönlich ein Geldgeschenk für die Bedürftigen in der Bahnhofsmision vorbeizubringen. Noch immer begleitet die mittlerweile erwachsene Tochter den Vater, fügt jedoch längst einen eigenen Spendenbeitrag hinzu.

Auch bei der Weihnachtsfeier für die Obdachlosen, die – zumindest vor Corona – in drei Schichten im Festsaal des Zentrums jeweils mit einer Andacht und einem festlichen Gänseschmaus stattfindet, gibt es Überraschungen:

„In einem randvoll mit Köstlichkeiten beladenen Jeep stand einmal unerwartet Sarah Connor samt Familie vor dem Festsaal“, erinnert sich Puhl. „Mit Mann und Kindern nahm sie an unserer Weihnachtsfeier teil, brachte aber vor lauter Rührung kaum einen geraden Ton bei ihrer Gesangseinlage von ‚O du fröhliche‘ hervor.“

Nicht weniger wertvoll ist der alljährliche Einsatz von 1.000 Berliner Schülern, die kleine Geschenke für die Bescherung der Obdachlosen packen. ■



Wer einen Beitrag zum diesjährigen Fest leisten möchte, muss übrigens nicht im Jeep voller Geschenke vorfahren, sondern kann ganz bequem folgende Bankverbindung nutzen:

Spendenkonto:
IBAN DE63 1002 0500 0003 1555 00

Mehr Informationen:
www.berliner-stadtmission.de



© dbb berlin (2)

Seyran Ateş zeigt dbb Landeschef Frank Becker ihre Moschee.

Seyran Ateş und die Ibn Rushd-Goethe Moschee

So liberal sieht ein progressiver Islam aus!

„Ich träume von einer Moschee, in der alle Menschen zusammenkommen, die sich für den Islam interessieren oder daran glauben. Eine Moschee, in der es keine Geschlechterapartheid gibt und Männer und Frauen im selben wunderschönen Raum beten können“, heißt es auf der Website von Seyran Ateş. Diesen Traum hat sich die mutige Vertreterin eines progressiven Islam mit der Ibn Rushd-Goethe Moschee in Berlin Moabit inzwischen seit fünf Jahren erfüllt.

„Anders als beispielsweise eine christliche Kirche“, erläutert Seyran Ateş im Gespräch mit den hauptstadt magazin, „ist eine Moschee ein Ort des gemeinsamen Gebets, der weder besonderen architektonischen Vorschriften folgen muss noch einer speziellen Weihe bedarf. Insofern könnte theoretisch jeder gläubige Moslem eine Moschee gründen.“

Und trotz dieser allgemein gültigen Regel ist in der Moabiter Otto-Straße alles auffällig anders. Schon der Name Ibn Rushd-Goethe Moschee lässt erahnen, dass bei dieser Gründung nicht Abgrenzung und Intoleranz Pate gestanden haben, sondern Integration und Verständigung.

Kein Platz für Diskriminierung

So haben denn auch in der Moschee kulturell bedingte Diskriminierungen, vor allem gegen Frauen, aber auch gegen die gesamte queere Szene und Andersgläubige keinen Platz. Im Klartext heißt das: Frauen beten vollkommen gleichberechtigt mit

Männern zusammen, werden nicht mehr in Nebengelände abgeschoben und müssen keinen rigiden Bekleidungs Vorschriften folgen. Weit und breit ist kein Kopftuch geschweige denn eine Burka in der Moschee zu sehen. Das heißt nicht, dass das Tragen eines Kopftuchs auf Kritik stößt, stellt Seyran Ateş klar: „Die Moschee ist ein spiritueller Ort. Das Kopftuch als spirituelle Bedeckung hat seinen Platz auch in unserer Moschee.“

Seyran Ateş ist sogar Imamin, im orthodoxen Islam ungefähr so vorstellbar wie für konservative Katholiken eine Priesterin. „Imame, die zum Gebet rufen und es auch als Vorbeter leiten“, erläutert Ateş, „werden von der Gemeinde gewählt, wobei in den üblichen patriarchalischen Strukturen natürlich ausschließlich Männer zum Zuge kommen.“

Für Seyran Ateş ist die Beschneidung der Frauenrechte in der islamischen Welt die Haupttriebfeder ihres Handelns. Aufgewachsen als Tochter einer türkischen Mutter und eines kurdischen Vaters in

Berlin hat sie früh mit der Geschlechterungerechtigkeit in ihrer Großfamilie Bekanntschaft machen müssen und sich noch im Teenageralter von den einengenden familiären Fesseln befreit. Später, nach einem abgeschlossenen Jurastudium, konnte sie als Anwältin vielen Glaubensgenossinnen beistehen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt oder zwangsverheiratet worden waren. Viele scheidungswillige Musliminnen mussten sogar befürchten, Opfer von „Ehrenmorden“ zu werden.

Personenschutz rund um die Uhr

Morddrohungen erreichten auch Seyran Ateş und zwar in so bedrohlichem Ausmaß, dass sie 2006 ihre Anwaltskanzlei schließen musste.

Mittlerweile ist sie wieder als Anwältin tätig, steht aber auch – schon seit 16 Jahren – rund um die Uhr unter Polizeischutz. Aus gutem Grund, denn ihren Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen im Islam und gegen die islamische Parallelgesellschaft, in der das Patriarchat seine Macht mit Zwang und Gewalt durchsetzt und Prediger zu Hass und Rache statt zu Liebe und Versöhnung aufrufen, führt sie ungeboren, engagiert und mutig weiter.

Überzeugt ist sie, dass Kritik von außen gegen diese Zustände mitten in einem demokratischen Land nicht ausreicht, sondern Veränderungen auch von innen heraus kommen müssen. Missstände und Lösungsansätze hat sie deshalb in zahlreichen Büchern aufgezeigt, ein Bildungswerk gegründet, in politischen und religiösen Organisationen mitgearbeitet – zeitweise auch in der Islamkonferenz – und sozusagen als besondere Herzensangelegenheit die Ibn Rushd-Goethe Moschee gegründet.

Besondere Herzensangelegenheit

„Der Freitag ist für mich der schönste Tag der Woche“, erklärt sie gegenüber dem hauptstadt magazin, denn dann finden sich hier die Gläubigen zum gemeinsamen Freitagsmittagsgebet ein, wie es der Koran vorschreibt. „Von getrennten Gebeten der Männer und Frauen ist in der entsprechenden Sure allerdings keinerlei Rede“, fügt Seyran Ateş hinzu, die die liberale und tolerante Atmosphäre in „ihrer“ Moschee sichtlich genießt.

Beim Besuch des hauptstadt magazins wurde Soraya zum Freitagsgebet erwartet, die sich in Los Ange-

les ebenfalls für Religionsfreiheit einsetzt. Für sie ist insbesondere eine erneuerte Ausbildung des Klerus überfällig. Statt Spaltung und Diskriminierung gelte es Hoffnung, Liebe und Gleichheit zu vermitteln. „Gott ist jenseits des Geschlechts“ unterstrich sie ihre Forderungen wörtlich.

Auszeichnungen und Orden

Das Engagement der Seyran Ateş ist längst weit über die Grenzen ihrer Berliner Heimat hinaus bekannt und vielfach gewürdigt worden. Mit mehreren Auszeichnungen und Preisen wird sie fast jedes Jahr bedacht. Neben zahllosen Würdigungen von Frauenorganisationen ist sie auch mit dem Bundesverdienstorden 1. Klasse, dem Bundesverdienstkreuz am Bande und dem Verdienstorden der Stadt Berlin ausgezeichnet worden.

Auf ihren Lorbeeren ausruhen will sich die 59-jährige aber nicht. Auch eine für sie persönlich weitaus ungefährlichere, ausschließlich schriftstellerische Tätigkeit kommt noch nicht infrage. „Ich denke, ich habe noch immer eine Verpflichtung, meine Fähigkeiten für die Verbreitung eines progressiven Islam einzusetzen“, meint sie bescheiden.



Mutig und unerschrocken:
Imamin Seyran Ates

Mehr Bildung überfällig

So ist sie sich sicher, dass in Deutschland die Probleme mit dem patriarchalischen Islam nicht länger unter den Teppich gekehrt werden dürfen, sondern Politik und Wirtschaft endlich Geld für Bildung und Weiterbildung in die Hand nehmen müssen, um antidemokratische Strukturen und teils mittelalterliche Rollenverständnisse in den Parallelgesellschaften zu brechen. Berlin habe hier einen katastrophalen Nachholbedarf.

Vom Engagement der Seyran Ateş beeindruckt zeigte sich auch dbb Chef Frank Becker, der die Ibn Rushd-Goethe Moschee zusammen mit dem hauptstadt magazin besucht hat. „Die Verdienste dieser mutigen Frau für die Gleichstellung und für die Integration der Zuwanderer aus islamischen Ländern können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Entsprechendes staatliches Handeln sollte nicht länger auf sich warten lassen.“

Weitere Informationen:

<https://www.ibn-rushd-goethe-moschee.de/>
<https://seyranates.de/>



WSP Berlin sorgt für sicheren Schiffsverkehr

Berlin ist von Flüssen, Bächen, Seen und Kanälen durchzogen. Rund 200 Kilometer davon sind schiffbare Wasserstraßen, auf denen sich reger Verkehr abspielt. Insbesondere im Sommer drängen sich neben Fahrgastschiffen zahllose Sport- und Partyboote auf den Gewässern. Denn anders als beispielsweise auf Rhein, Main oder Donau spielt die Lastschifffahrt auf Havel und Spree nur eine geringe Rolle.

Viel zu tun für die Berliner Wasserschutzpolizei (WSP), die im Streifendienst rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr für die Sicherheit auf den Wasserstraßen der Hauptstadt sorgt. Tatsächlich sind es aber nur etwa 200 Beschäftigte, die insbesondere auf die Einhaltung von Geschwindigkeitsbeschränkungen achten, gegen Lärmbelästigungen vorgehen, bei Veranstaltungen auf oder am Wasser für Ordnung sorgen und engen Kontakt zu Vereinen, Reedereien und Yachtverbänden halten.

Drei Wachen

Ihrem großflächigen Einsatzgebiet entsprechend ist die Berliner Wasserschutzpolizei mit ihren 22 Booten auf drei Wachen, nämlich West, Mitte und Ost, aufgeteilt. Die Wache West deckt den gesamten Bereich zwischen Tegeler See und Wannsee ab, das entspricht etwa 70 Kilometer schiffbarem Gewässer. Die Wache Ost ist sogar für ungefähr 90 Kilometer Wasserstraßen, unter anderem den Müggelsee und die Spree bis zur Oberbaumbrücke, zuständig. Beide Wachen sorgen vorwiegend dafür, dass Sport- und Freizeitschiffe die Verkehrsregeln beachten, Raserei auf dem Wasser unterbleibt und auf Partybooten oder -flößen die Stimmung nicht so überschwappt, dass unzumutbarer Lärm entsteht. Auch bei Segelregatten ist die Wasserschutzpolizei vor Ort und für Großveranstaltungen wie „Havel in Flammen“ oder das alljährliche ADAC-Motorbootrennen auf der Regattastrecke in Berlin-Grünau unentbehrlich. Natürlich gehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch gegen Kri-

minalität rund ums Boot und gegen Umweltdelikte vor, bekämpfen Fischwilderei und unterstützen die DLRG bei der Wasserrettung.

Sicherheitsaufgaben in Mitte

Anders sieht die Aufgabengewichtung bei der Wache Mitte aus: Sie hat „nur“ circa 40 Kilometer schiffbares Gewässer zu betreuen, dafür spielen aber Sicherheitsaufgaben im Regierungsviertel eine herausragende Rolle. Denn die Ufer im Bereich der Innenstadtwache säumen zahlreiche politisch bedeutungsvolle Gebäude. Dazu zählt Schloss Bellevue, der Sitz des Bundespräsidenten ebenso wie das Reichstagsgebäude, das Paul-Löbe-Haus mit seinen Abgeordneten- und Ausschussekretariaten, das Bundeskanzleramt und auch das Bundesinnenministerium. Besondere Schutzmaßnahmen müssen dort, unter anderem bei Sitzungen des Deutschen Bundestages oder beim Besuch von Staatsgästen, regelmäßig ergriffen werden.

Spezielle Schulungen

Für den Einsatz bei der Wasserschutzpolizei mit ihren besonderen Aufgaben auf den Gewässern rund um Berlin sind natürlich auch sehr spezielle Kenntnisse erforderlich. Ein dreimonatiger Fachlehrgang „Binnen“ und weitere Schulungen über Radar, Sprechfunk oder auch Gefahrgut- und Umweltrecht sorgen für das nötige Rüstzeug. Mehrjährige Erfahrungen im Vollzugsdienst bei der Schutz- der Kriminalpolizei sind ohnedies Grundvoraussetzung. ■

Berliner Schwimmbäder bleiben geöffnet

Berlins Sportsenatorin Iris Spranger hat ihr Versprechen gehalten: Die Hallenbäder der Hauptstadt werden nicht geschlossen. Mit zusätzlichen 25 Millionen Euro aus dem Nachtragshaushalt wird diese wichtige Infrastruktur für die Berlinerinnen und Berliner, für Kinder, Seniorinnen und Senioren, Schulen und Vereine offen gehalten, heißt es in einer Pressemitteilung des Senats vom 15. November.

Auch die Berliner Sportvereine gehen nicht leer aus: Mit etwa elf Millionen Euro werden sie wegen der gestiegenen Energiekosten unterstützt. Betroffen sind nach Angaben des Landessportbundes 720 Vereine, denen die Senatorin eine schnelle Auszahlung der Gelder zusagte: „Zehntausende Ehrenamtliche engagieren sich in den 2.500 Berliner Vereinen, die das Rückgrat für den Breitensport bilden“, unterstrich Spranger die Verdienste der Vereine.

Hinzu kommen weitere finanzielle Unterstützungen für das Velomax in Höhe von drei Millionen Euro, für Olympiapark und Jahnsporthaus sind es insgesamt rund 3,2 Millionen Euro. Sportforum und Sportkomplex erhalten zusätzlich rund 2,4 Millionen Euro. Die Olympiastadion Berlin GmbH wird mit rd. 2,5 Millionen Euro finanziell unterstützt.

Vak: 1.500 Veranstaltungen zur Digitalen Akte

Die Verwaltungsakademie Berlin rechnet mit 1.500 Schulungen pro Jahr zur Digitalen Akte, denn bis 2025 sollen circa 70.000 IT-Arbeitsplätze in der Berliner Verwaltung mit der entsprechenden Software ausgestattet sein. Bereits im September 2021 ist das Großprojekt angelaufen, wobei schon in der ersten Phase besonderen Wert auf eine digital gestützte Qualifizierung gelegt wurde. Wie es im Tätigkeitsbericht 2021 der VAK heißt, wurden Präsenzs Schulungen durch Kurse auf der Lernplattform Moodle ergänzt. Zunächst konnten dort Schulungsmaterialien abgerufen werden und die Teilnehmer in einen direkten Austausch treten. Am Jahresende wurde dann ein E-Learning-Kurs mit Lernvideos, Simulationen und Quiz zur Vor- und Nachbereitung der Präsenzs Schulungen zur Ergänzung in Angriff genommen.

